

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**[Nummer Erlassregister]****Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen, Artikel 25 §1 Absatz 1;

Aufgrund des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, Artikel 7 Absatz 2, abgeändert durch das Dekret vom 11. Dezember 2018;

Aufgrund des Dekrets vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren, Artikel 10 Absatz 3, Artikel 11 Absatz 2, Artikel 12, Artikel 14 Absatz 4, Artikel 15 Absatz 3, Artikel 17 Absatz 3, Artikel 18 Absatz 3, Artikel 20 Absatz 3 Nummern 1 und 3, Artikel 25 Absatz 2, Artikel 26 §1 Absatz 2, Artikel 33 Absatz 3, Artikel 35 §1, §2 Absatz 2, §3 Absatz 2 und Artikel 42 Absatz 2;

Aufgrund des Gutachtens des Beirats für die Seniorenunterstützung vom 11. August 2022;

Aufgrund des Gutachtens des Verwaltungsrates der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben vom 26. August 2022;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 198/2022 der Datenschutzbehörde vom 9. September 2022;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für die Seniorenpolitik zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN**Artikel 1 – Begriffsbestimmungen**

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren;
2. Verwaltung: das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
4. Pflegegeld: das in Kapitel 2 des Dekrets vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren erwähnte Basispflegegeld und der Sozialzuschlag;
5. Werktage: alle Tage, mit Ausnahme der Samstage, der Sonntage und der gesetzlichen Feiertage.

KAPITEL 2 – PFLEGEgeld FÜR SENIOREN

Abschnitt 1 – Basispflegegeld

Art. 2 – Unvereinbarkeiten mit dem Basispflegegeld

§1 – Wenn der Senior zum Zeitpunkt des Einreichens des Antrags eine Beihilfe zur Ersetzung des Einkommens oder eine Eingliederungsbeihilfe im Sinne des Gesetzes vom 27. Februar 1987 über die Beihilfen für Personen mit Behinderung gemäß Artikel 10 Absatz 1 des Dekrets bezieht, prüft die Verwaltung, ob das Pflegegeld für den Senior vorteilhafter ist als die Beihilfe.

Wenn das Pflegegeld vorteilhafter ist und die übrigen in den Artikeln 4, 7 und ggf. 9 des Dekrets erwähnten Bedingungen erfüllt sind, kann ein positiver Beschluss über die Gewährung des Pflegegeldes gemäß den Artikeln 11 und 13 gefasst werden. Wenn das Pflegegeld nicht vorteilhafter ist, wird kein Pflegegeld gewährt.

§2 – In dem gemäß Artikel 7 durch die Verwaltung zur Verfügung gestellten Formular oder der Informatikanwendung gibt der Antragsteller an, ob der Senior eine in Artikel 10 des Dekrets erwähnte Beihilfe oder eine in Artikel 14 des Dekrets erwähnte Leistung erhält oder erhalten hat und gibt den Betrag dieser Beihilfe bzw. Leistung an.

Abschnitt 2 – Gemeinsame Bestimmungen

Art. 3 – Indexierung

Die in den Artikeln 6 und 8 des Dekrets erwähnten Beträge werden jährlich ab dem Jahr 2024 im Januar aufgrund der Indexentwicklung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Angelindex 138,01 zum Monat September des Vorjahres angepasst.

Art. 4 – Modalitäten beim Zusammentreffen von gleichartigen Leistungen

In Abweichung von Artikel 16 tritt der Beschluss über den Antrag des Seniors, der aus einem anderen Gliedstaat in das deutsche Sprachgebiet umgezogen ist und der zum Zeitpunkt des Umzugs eine mit dem Pflegegeld vergleichbare Leistung eines anderen Gliedstaats erhielt, ab dem ersten Tag des Monats nach dem Umzug in Kraft, insofern der Antrag innerhalb von drei Monaten nach dem Umzug gestellt wurde.

Als Umzug im Sinne von Absatz 2 versteht man die in Artikel 1 §1 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes vom 19. Juli 1991 über Bevölkerungsregister, Personalausweise, Ausländerkarten und Aufenthaltsdokumente erwähnte Eintragung des Seniors im Bevölkerungsregister oder im Fremdenregister auf Grundlage der Daten des Nationalregisters.

KAPITEL 3 – GEWÄHRUNGS- UND RÜCKFORDERUNGSVERFAHREN

Abschnitt 1 – Anträge

Art. 5 – Mindestalter zum Einreichen eines Antrags

Der Antragsteller kann frühestens einen Antrag auf Pflegegeld an dem Tag einreichen, an dem der Senior das gesetzliche Pensionsalter erreicht.

Art. 6 – Einreichen eines Antrags

In Anwendung von Artikel 17 des Dekrets reicht der Antragsteller einen Antrag auf Pflegegeld bei der Verwaltung ein.

Der Antrag kann schriftlich oder digital eingereicht werden. Ein digitaler Antrag kann ebenfalls in Form eines Onlineformulars, welches der Antragsteller selbst oder mit Hilfe der Dienststelle, der Verwaltung oder einer anderen Einrichtung ausfüllt, eingereicht werden.

Zieht ein Senior von einem anderen Gliedstaat in das deutsche Sprachgebiet und erhält zum Zeitpunkt seines Umzugs eine mit dem Pflegegeld vergleichbare Leistung, muss er einen neuen Antrag gemäß vorliegendem Erlass stellen.

Art. 7 – Form des Antrags

Der Antragsteller reicht den Antrag mit Hilfe eines von der Verwaltung zur Verfügung gestellten Formulars ein, das entweder per Post an die Verwaltung oder über die zu diesem Zweck erstellte Online-Anwendung ausgefüllt und verschickt wird.

Art. 8 – Inhalt des Antrags

§1 – Zusätzlich zu den Daten, auf die die Verwaltung unter Berücksichtigung der anwendbaren Vorgaben bezüglich des Datenschutzes Zugriff hat, kann sie insbesondere die in vorliegendem Artikel aufgeführten Informationen über das Antragsformular abfragen.

§2 – Das Antragsformular für das Pflegegeld für Senioren kann folgende Informationen, die den Senior betreffen, abfragen:

1. Name, Vorname, Nationalregisternummer, Versicherungsstatuts, Geburtsdatum, Geschlecht, Wohnsitz, Telefonnummer und E-Mail-Adresse;
2. Angaben darüber, ob in den letzten sechs Monaten ein BelRAI-Screener durchgeführt wurde;
3. Kontaktsprache;
4. Angaben darüber, ob ein Anrecht auf erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung besteht;
5. Angaben darüber, ob gemäß den Artikeln 10 und 14 des Dekrets Anrechte auf andere innerbelgische Beihilfen bestehen, deren Höhe und die zuständige Behörde;
6. Angaben darüber, ob Anrechte auf ausländische Sachleistungen im Bereich der Geldleistungen bei Pflegebedürftigkeit gemäß den Artikeln 3 und 34 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit bestehen, deren Höhe und die zuständige Behörde im betroffenen Mitgliedstaat;
7. Kontonummer und Bankverbindung.

Das in Absatz 1 erwähnte Antragsformular für das Pflegegeld kann darüber hinaus folgende Informationen über den gesetzlichen Vertreter und den Bevollmächtigten des Seniors abfragen:

1. Name, Vorname, Wohnsitz oder Geschäftssitz, Telefonnummer und E-Mail-Adresse;
2. Bezug zum Senior.

§3 – Zusätzlich zu den in §2 erwähnten Daten wird das Datum der Antragstellung und der Name des zuständigen Mitarbeiters der Dienststelle abgefragt. Das Antragsformular enthält zudem ein Feld, mit dem der Antragsteller der Verwaltung die Erlaubnis erteilt, die Identität des Kontoinhabers zu überprüfen.

Abschnitt 2 – Bearbeitung der Anträge

Art. 9 – Nationalregister der natürlichen Personen

Die Verwaltung richtet sich an das Nationalregister der natürlichen Personen, um die gemäß Artikel 3 Absätze 1 und 2 des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen genannten Daten zu erhalten oder um die Richtigkeit dieser Informationen zu überprüfen.

Die Verwendung einer anderen Quelle ist nur zulässig, wenn die erforderlichen Daten nicht beim Nationalregister der natürlichen Personen verfügbar sind.

Art. 10 – Bei der Bearbeitung zu verwendende Informationen

§1 – Die Verwaltung prüft den Antrag auf Grundlage der vom Antragsteller zur Verfügung gestellten Informationen und der Informationen, die sie unmittelbar bei der Einrichtung oder Person einholt, die über die Informationen verfügt.

Unbeschadet der Kontrollmöglichkeit der Verwaltung wird davon ausgegangen, dass die vom Antragsteller eingereichten Informationen, Dokumente und Belege wahrheitsgetreu sind.

§2 – Für die Zwecke der administrativen Prüfung verarbeitet die Verwaltung unter anderem die gesetzlichen Identifikationsdaten, die im Nationalregister der natürlichen Personen enthalten sind.

Art. 11 – Bearbeitungsverfahren

§1 – Die Verwaltung stellt dem Senior eine Empfangsbestätigung aus, in der das Datum des Eingangs des Antrags vermerkt ist.

Als Eingangsdatum gilt das Datum, an dem der Antrag zur Entgegennahme durch die Verwaltung abgestempelt wird oder das Datum, an dem die Verwaltung den Antrag mittels der für die Einreichung des Antrags eingerichteten Online-Anwendung erhalten hat.

§2 – Die Verwaltung beschließt innerhalb einer Frist von 20 Werktagen ab dem in §1 erwähnten Eingangsdatum, ob:

1. dieser vollständig ist;
2. der Senior gemäß Artikel 4 §1 Absatz 1 Nummer 1, §2 Nummer 1, §3 Nummer 1 oder §4 Absatz 1 des Dekrets in den Anwendungsbereich des Dekrets fällt.

§3 – Ist der Antrag vollständig, setzt die Verwaltung den Antragsteller darüber in Kenntnis.

Wenn der Antrag nicht vollständig ist, teilt die Verwaltung dem Senior schriftlich mit, welche zusätzlichen Informationen oder Dokumente er binnen einer Frist von einem Monat nach Notifizierung des Schreibens, mit dem diese Dokumente angefordert werden, vorlegen muss. Legt der Senior die zusätzlichen Informationen oder Dokumente nicht binnen dieser Frist vor, findet Artikel 18 Absatz 2 des Dekrets Anwendung.

§4 – Wenn der Antrag vollständig ist, die in Artikel 4 des Dekrets erwähnten Bedingungen erfüllt sind und in den letzten sechs Monaten noch kein BelRAI-Screener durchgeführt wurde, ist Artikel 12 anwendbar.

Wenn der Antrag vollständig ist, die in Artikel 4 des Dekrets erwähnten Bedingungen erfüllt sind und in den letzten sechs Monaten ein BelRAI-Screener durchgeführt wurde, ist Artikel 13 anwendbar.

§5 – Wenn die in §2 Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Bedingung nicht erfüllt ist, erklärt die Verwaltung den Antrag für unzulässig.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Unzulässigkeitserklärung per Einschreiben. Diese vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 12 – Ermittlung des Unterstützungsbedarfs durch die Dienststelle

§1 – Wenn beim Senior innerhalb der letzten sechs Monate noch kein BelRAI-Screener durchgeführt wurde oder der Senior eine Revision seines Unterstützungsbedarfs gemäß Artikel 14 beantragt, leitet die Verwaltung den Antrag an die Dienststelle weiter.

§2 – Nach Erhalt des Antrags übermittelt die Dienststelle dem Senior eine Einladung zwecks Ermittlung des Unterstützungsbedarfs auf Grundlage des BelRAI-Screeners.

Gemäß Artikel 7 §2 Absatz 3 des Gesetzes vom 22. August 2002 über die Rechte der Patienten hat der Senior das Recht, bei der Ermittlung des Unterstützungsbedarfs von einer Vertrauensperson unterstützt zu werden.

§3 – Innerhalb einer Frist von 30 Werktagen ab Erhalt des Antrags ermittelt die Dienststelle den Unterstützungsbedarf des Seniors und übermittelt der Verwaltung den Antrag zwecks Weiterbearbeitung.

Art. 13 – Entscheidung über den Antrag

Der Minister entscheidet innerhalb einer Frist von 40 Werktagen, falls innerhalb der letzten sechs Monate ein BelRAI-Screener durchgeführt wurde, beziehungsweise innerhalb einer Frist von 10 Werktagen ab Erhalt der Ermittlung des Unterstützungsbedarfs durch die Dienststelle über die Gewährung oder Verweigerung des Pflegegelds auf Grundlage der Prüfung des Unterstützungsbedarfs des Seniors und der in den Artikeln 4, 7 und 9 des Dekrets festgelegten Bedingungen.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers. Eine ablehnende Entscheidung wird per Einschreiben übermittelt und vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 14 – Revision des Anrechts auf Antrag des Antragstellers

§1 – Der Antragsteller kann einen Antrag auf Revision des Anrechts auf Pflegegeld stellen, wenn er der Ansicht ist, dass Änderungen vorliegen, die die Gewährung oder eine Erhöhung des Pflegegelds rechtfertigen.

Ein Antrag auf Revision wird gemäß Artikel 6 eingereicht.

Die Prüfung des Antrags auf Revision erfolgt gemäß den Artikeln 9-13.

Nur wenn der Antrag auf Revision die Ermittlung des Unterstützungsbedarfs betrifft, führt die Dienststelle eine neue Ermittlung des Unterstützungsbedarfs gemäß Artikel 12 durch.

§2 – Hat die Ermittlung des neuen Unterstützungsbedarfs zur Folge, dass das Pflegegeld erhöht wird, tritt der Beschluss gemäß Artikel 13 Absatz 2 Nummer 1 des Dekrets am Tag des Monats in Kraft, in dem sein Unterstützungsbedarf sich verändert hat. Bis zum Beweis des Gegenteils gilt, dass sich der Unterstützungsbedarf am Tag des Antrags auf Revision verändert hat.

§3 – Hat die Ermittlung des neuen Unterstützungsbedarfs zur Folge, dass das Pflegegeld gemindert wird, tritt der Beschluss gemäß Artikel 13 Absatz 2 Nummer 1 des Dekrets am ersten Tag des darauffolgenden Monats in Kraft, in dem sich der Senior in einer der in §1 genannten Situationen befindet.

Art. 15 – Revision des Anrechts von Amts wegen

§1 – Gemäß Artikel 11 Absatz 1 des Dekrets kann eine Revision des Anrechts auf Pflegegeld von Amts wegen in folgenden Fällen vorgenommen werden:

1. wenn der Senior eine oder mehrere der in Artikel 4 des Dekrets erwähnten Bedingungen nicht mehr erfüllt;
2. wenn eine Änderung des Unterstützungsbedarfs des Seniors eintritt;
3. wenn der Beschluss über die erstmalige Gewährung des Pflegegelds einen rechtlichen oder materiellen Irrtum aufweist;
4. wenn Elemente vorliegen, die darauf schließen lassen, dass der Unterstützungsbedarf des Seniors sich verändert hat und der Senior die Verwaltung nicht gemäß Artikel 23 informiert hat.

§2 – Hat das Eintreten einer der in §1 Nummern 2 und 3 erwähnten Situationen zur Folge, dass das Pflegegeld erhöht wird, tritt der Beschluss gemäß Artikel 13 Absatz 2 Nummer 1 des Dekrets am Tag des Monats in Kraft, in dem sein Unterstützungsbedarf sich verändert hat.

Hat das Eintreten einer der in §1 Nummer 2 erwähnten Situation Folge, dass das Pflegegeld gemindert wird, tritt der Beschluss gemäß Artikel 13 Absatz 2 Nummer 1 des Dekrets am ersten Tag des darauffolgenden Monats in Kraft, in dem sich der Senior in einer der in §1 genannten Situationen befindet.

Tritt die in §1 Nummer 3 erwähnte Situation ein, wird der neue Beschluss an dem Tag wirksam, an dem der fehlerhafte Beschluss hätte wirksam werden müssen und dies

unbeschadet der anwendbaren Verjährungsbestimmungen.

Der Beschluss über die Revision von Amts wegen kann nicht vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Beschlusses über die erstmalige Gewährung des Pflegegelds wirksam werden.

Abschnitt 3 – Beschlüsse

Art. 16 – Wirksamkeit der Beschlüsse

Beschlüsse über einen Antrag auf Pflegegeld treten an dem Tag in Kraft, an dem der Anspruch auf das Pflegegeld gemäß Artikel 13 des Dekrets entsteht.

Art. 17 – Fristen für die Notifizierung

In Anwendung von Artikel 20 Absatz 3 Nummer 1 des Dekrets und unbeschadet des Artikels 16 setzt die Verwaltung die betroffenen Personen innerhalb von zwei Wochen ab der Beschlussfassung und spätestens zum Zeitpunkt der Ausführung von jedem Beschluss, der sie betrifft, in Kenntnis.

Art. 18 – Notifizierung durch Einschreiben

In Anwendung von Artikel 20 Absatz 3 Nummer 3 des Dekrets erfolgt jede Notifizierung eines Beschlusses zur Rückforderung eines zu Unrecht ausgezahlten Pflegegelds per Einschreiben.

Wenn der Senior das in Absatz 1 erwähnte Einschreiben nicht abholt, notifiziert die Verwaltung dem Senior den Beschluss durch ein gewöhnliches Schreiben. Dieses Schreiben vermerkt das Datum des in Absatz 1 erwähnten Einschreibens. Das Datum des Einschreibens gilt als Referenzdatum für alle sich aus der Rückforderung ergebenden Rechtsfolgen und Fristen.

In Abweichung von Absatz 1 erfolgt eine Notifizierung nicht per Einschreiben, wenn der zu Unrecht ausgezahlte Betrag die Summe von 50 Euro nicht übersteigt.

Abschnitt 4 – Einsprüche

Art. 19 - Einspruchsverfahren

Der Senior kann einen Einspruch bei der Verwaltung einreichen, indem er das in Artikel 20 erwähnte Einspruchsformular ausfüllt. Er füllt dieses Formular entweder selbst aus oder kontaktiert die Dienststelle, die Verwaltung oder eine andere Einrichtung, um dieses gemeinsam mit einem Personalmitglied auszufüllen.

Zur Vermeidung der Unzulässigkeit des Einspruchs beantragt der Senior das Einspruchsformular bei der Verwaltung innerhalb von 30 Kalendertagen ab der in Artikel 17 erwähnten Notifizierung des Beschlusses.

Art. 20 – Einspruchsformular

§1 – Die Verwaltung stellt allen Senioren, denen ein Beschluss über die Gewährung oder Verweigerung des Pflegegelds beziehungsweise über eine Revision oder Revision von Amts

wegen gemäß Artikel 17 notifiziert wird, auf Anfrage ein Einspruchsformular zur Verfügung.

Das in Absatz 1 erwähnte Formular enthält folgende Angaben:

1. Nationalregisternummer, Name, Vorname, Wohnort und Telefonnummer des Seniors oder Antragsteller;
2. Aktennummer der Anfrage des Seniors;
3. Art und Inhalt der Informationen und Dokumente, die der Senior der Dienststelle oder der Verwaltung mitgeteilt bzw. bei ihr eingereicht hat;
4. Grund des Einspruchs;
5. Bestätigung, dass der Senior über den weiteren Verlauf seines Einspruchs innerhalb der Verwaltung informiert und aufgeklärt wurde;
6. Ansprechpartner der Verwaltung, der den Einspruch in Empfang nimmt;
7. Ort und Datum;
8. Unterschrift des Seniors oder Antragstellers.

§2 – Zur Vermeidung der Unzulässigkeit des Einspruchs reicht der Senior das Einspruchsformular sowie alle für den Einspruch sachdienlichen Unterlagen innerhalb eines Monats ab dessen Übermittlung durch die Verwaltung ein.

Art. 21 – Bearbeitung und Entscheidung über den Einspruch

§1 – Insofern der Einspruch die Ermittlung des Unterstützungsbedarfs betrifft, übermittelt die Verwaltung diesen der Dienststelle. Die Dienststelle prüft diesen und führt ggf. eine erneute Ermittlung des Unterstützungsbedarfs gemäß den in Artikel 12 vorgesehenen Modalitäten durch. Die Prüfung des Einspruchs und die etwaige erneute Ermittlung wird durch andere Mitarbeiter gewährleistet als diejenigen, die die ursprüngliche Ermittlung durchgeführt haben.

Innerhalb einer Frist von 30 Werktagen ab Erhalt des Einspruchs seitens der Verwaltung übermittelt die Dienststelle der Verwaltung die Ergebnisse ihrer Prüfung des Einspruchs.

§2 – Der Minister entscheidet über den Einspruch innerhalb von 45 Werktagen nach Erhalt des Einspruchsformulars. Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung per Einschreiben.

Lehnt der Minister den Antrag erneut ab, vermerkt die Entscheidung:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Abschnitt 5 – Durch die Verwaltung oder den Antragsteller zu erteilende Informationen

Art. 22 – Durch die Verwaltung zu erteilende Informationen

Unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 20 des Dekrets erteilt die Verwaltung dem Antragsteller auf dessen Antrag hin alle dienlichen Informationen bezüglich seiner Rechte und Pflichten und übermittelt ihm auf eigene Initiative alle zusätzlichen Informationen, die für die Bearbeitung seines Antrags oder zur Wahrung seiner Rechte notwendig sind. Sie berät ihn darüber hinaus über die Ausübung seiner Rechte oder die Erfüllung seiner Pflichten.

Die Verwaltung erteilt dem Antragsteller folgende dienliche Informationen:

1. die Gewährungsbedingungen des jeweils beantragten Pflegegelds;
2. die Bedingungen zur Aufrechterhaltung der Gewährung des Pflegegelds;
3. die für die Berechnung des Betrags des Pflegegelds in Betracht gezogenen Elemente;
4. die in der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG sowie die im Gesetz vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten erwähnten Informationen. Diese Informationen erteilt die Verwaltung dem Antragsteller zum Zeitpunkt des Antrags aus eigener Initiative.

Die Verwaltung informiert den Antragsteller von Amts wegen bei jedem Antrag auf Pflegegeld darüber, welche Informationen er der Verwaltung gemäß Artikel 23 zwecks korrekter Bearbeitung des Antrags auf Pflegegeld zu erbringen hat.

Die in Absatz 1 erwähnte Information:

1. gibt die Kennzeichnung der behandelten Akte deutlich wieder;
2. ist präzise und vollständig;
3. ist kostenlos;
4. wird innerhalb einer Frist von 45 Werktagen erteilt.

Art. 23 – Durch den Antragsteller zu erteilende Informationen

Der Antragsteller informiert die Verwaltung über jedes Element, das eine Änderung bezüglich der Gewährung oder der Auszahlung eines Pflegegelds zur Folge haben könnte, mit Ausnahme des Inkrafttretens einer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmung, die den Senior betreffen könnte. Für die Anwendung von Artikel 23 Absatz 3 des Dekrets muss diese Mitteilung innerhalb von drei Monaten ab dem Datum des Ereignisses oder innerhalb von drei Monaten ab dem Zeitpunkt der Kenntnismahme des Ereignisses durch den Antragsteller erfolgen.

Abschnitt 6 – Auszahlung

Art. 24 – Auszahlungszeitpunkt

Unbeschadet des Artikels 19 des Dekrets wird das Pflegegeld spätestens am 20. Tag des Monats, auf den es sich bezieht, ausbezahlt.

Art. 25 – Verspätete Auszahlung

Unbeschadet der Anwendung von Artikel 24 gilt eine Auszahlung als verspätet im Sinne von Artikel 27 des Dekrets, wenn sie nicht im Laufe des Monats, auf den sie sich bezieht, erfolgt.

Die rückständigen Beträge werden zusammen mit der ersten darauffolgenden Auszahlung des Pflegegelds gezahlt.

Abschnitt 7 – Rückforderung

Art. 26 – Außergerichtliche Rückforderung

§1 – Unbeschadet des Artikels 24 des Dekrets und des Artikels 25 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft fasst die Verwaltung einen Beschluss über die Rückforderung des entsprechenden Betrags, wenn sie feststellt, dass Pflegegeld zu Unrecht ausgezahlt wurde.

§2 – Der zu Unrecht ausgezahlte Betrag, der dem Senior gemäß Artikel 18 notifiziert wurde, wird von ausstehenden Leistungen an den betreffenden Senior einbehalten.

§3 – Wenn keine Leistungen an den betreffenden Senior mehr ausstehen und eine Rückforderung durch Einbehaltung gemäß Paragraph 2 nicht möglich ist, fordert die Verwaltung den Senior zur vollständigen Rückzahlung des zu Unrecht ausgezahlten Betrags innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen ab der Notifizierung auf. Dieser Beschluss kann zusammen mit dem in Paragraph 1 erwähnten Beschluss notifiziert werden.

In dem in Absatz 1 erwähnten Fall kann der Senior die Verwaltung innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen ab der in Absatz 1 erwähnten Notifizierung schriftlich ersuchen, die Rückzahlung in Teilzahlungen zu leisten. Das Ersuchen des Seniors unterbricht die in Absatz 1 erwähnte Frist zur vollständigen Rückzahlung bis zur Wiedereinsetzung der Frist gemäß Absatz 5.

Die Verwaltung akzeptiert das Ersuchen, wenn der zu Unrecht ausgezahlte Betrag nicht auf Betrug, arglistige Täuschung, betrügerische Handlungen oder auf eine in Artikel 23 Absatz 3 des Dekrets erwähnte Verfehlung des Antragstellers zurückgeht. In diesem Fall schlägt die Verwaltung dem Senior einen Rückzahlungsplan in Teilzahlungen vor.

Der in Anwendung von Absatz 3 erstellte Rückzahlungsplan wird dem Senior innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen ab Übermittlung seines Ersuchens zur Annahme notifiziert. In Ermangelung einer Notifizierung innerhalb dieser Frist gilt das Ersuchen auf Rückzahlung in Teilzahlungen als abgelehnt. Das Ersuchen gilt ebenfalls als abgelehnt, wenn der Senior den Vorschlag der Verwaltung nicht innerhalb einer Frist von 15 Kalendertagen ab der Notifizierung des Vorschlags annimmt.

Die Frist zur vollständigen Rückzahlung setzt wieder ein, wenn:

1. die Verwaltung das in Absatz 2 erwähnte Ersuchen nicht akzeptiert;
2. der Rückzahlungsplan als abgelehnt gilt oder;
3. der Senior die Bedingungen des in Absatz 4 erwähnten Rückzahlungsplans in Teilzahlungen nicht einhält.

§4 – Nach Tilgung der Schuld übermittelt die Verwaltung dem Senior eine Bestätigung darüber, dass die zu Unrecht ausgezahlten Beträge vollständig zurückgezahlt wurden.

Art. 27 – Gerichtliche Rückforderung

Unbeschadet des Artikels 25 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft leitet die Verwaltung nach der Aufforderung der Zahlung der zu Unrecht ausgezahlten Beträge in Anwendung von Artikel 26 §3 Absatz 1 oder bei Nicht-Einhaltung der Bedingungen des in Artikel 26 §3 Absatz 4 erwähnten Rückzahlungsplans in Teilzahlungen ein Verfahren auf Rückforderung der zu Unrecht ausgezahlten Beträge aufgrund von Artikel 580 Nummer 8 Buchstabe g) des Gerichtsgesetzbuches ein, wenn sie feststellt, dass sie die Beträge nicht auf außergerichtlichem Weg zurückfordern kann.

Art. 28 – Nichteintreibung von zu unsicheren oder zu kostspieligen Rückforderungen

§1 – Die Regierung kann von der in Artikel 27 erwähnten gerichtlichen Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge absehen und sie als nicht eintreibbar erklären, wenn diese den Gesamtbetrag von 800 Euro nicht überschreiten.

Unter der Bedingung, dass die Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge durch eine künftige Einbehaltung auf noch ausstehende Leistungen nicht möglich ist und dass die sich daraus ergebende Schuld den Betrag von 30 Euro nicht überschreitet, kann die Regierung von der in Artikel 26 erwähnten außergerichtlichen Rückforderung absehen und die Beträge als nicht eintreibbar erklären.

§2 – Die Regierung kann von der Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge durch Zwangsvollstreckung absehen und sie als nicht eintreibbar erklären, wenn diese den Gesamtbetrag von 800 Euro nicht überschreiten.

Wenn der geschuldete Gesamtbetrag die Summe von 800 Euro nicht überschreitet, kann die Regierung ebenfalls davon absehen, den Konkursverwalter auf Aufnahme des Schuldners zu laden.

§3 – Die Regierung kann von jeglicher Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge durch Rechtsverfolgung oder Zwangsvollstreckung absehen und die entsprechenden Beträge als nicht eintreibbar erklären, wenn der Schuldner seinen Wohnsitz im Ausland hat und keine pfändbaren Güter in Belgien hat.

§4 – Die Regierung kann auf eine Rückforderung durch Zwangsvollstreckung verzichten und die Beträge als nicht eintreibbar erklären, wenn der Gesamtwert der gepfändeten Güter unzureichend für die Deckung der für die Weiterführung des Verfahrens nötigen Kosten scheint.

Art. 29 – Nichteintreibung aus sozialen Gründen

§1 – Die Regierung kann in dem in Artikel 35 §3 des Dekrets erwähnten Fall je nach verfügbarem Haushaltseinkommen auf die Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge verzichten und entsprechend als nicht eintreibbar erklären. Als verfügbares Haushaltseinkommen gilt jeder Betrag gleich welcher Art, über den der Senior, sein Ehepartner sowie die Person, mit der er eine Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen getätigt hat, verfügt. Ausgenommen von diesem Betrag ist das Pflegegeld, das die vorerwähnten Personen erhalten.

Verzichtet die Regierung in Anwendung von Absatz 1 auf die Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge und erklärt diese entsprechend als nicht eintreibbar, erfolgt dies:

1. zu 100 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen des Antragstellers nicht über dem in Artikel 1409 §1 Absatz 3 des Gerichtsgesetzbuches festgelegten Betrag liegt;
2. zu 90 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 103 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;
3. zu 80 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 106 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;
4. zu 70 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 109 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;
5. zu 60 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 112 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;
6. zu 50 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 115 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;

7. zu 40 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 118 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;

8. zu 30 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 121 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;

9. zu 20 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 124 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;

10. zu 10 % des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über dem in Artikel 1409 §1 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuches festgelegten Betrag liegt.

Wenn das verfügbare Einkommen über dem in Absatz 2 Nummer 10 festgelegten Betrag liegt, kann die Regierung nicht mehr aufgrund von Absatz 1 auf die Rückforderung verzichten.

Falls die in Anwendung von Absatz 2 ermittelten Beträge den Bruchteil eines Euro enthalten, wird dieser Bruchteil eines Euro zum vollständigen Euro auf- oder abgerundet, je nachdem, ob dieser Bruchteil 0,5 erreicht oder nicht.

Das verfügbare Haushaltseinkommen wird für die Anwendung der Absätze 2 und 3 pro Senior um das Pflegegeld, das er erhält, gemindert um den in Artikel 1409 §1 Absatz 4 des Gerichtsgesetzbuches festgelegten Betrag.

Für die Festlegung des verfügbaren Haushaltseinkommens wird die Situation des Haushaltes zum Zeitpunkt des Antrags auf Verzicht der Rückforderung berücksichtigt.

§2 – Für die Anwendung des vorliegenden Artikels übermittelt der Antragsteller der Regierung jedes sachdienliche Dokument, das für die Berechnung des verfügbaren Haushaltseinkommens benötigt wird.

§3 – Die Regierung fasst ihren Beschluss über die Nichteintreibung innerhalb der in Artikel 19 des Dekrets vorgesehenen Frist.

§4 – Zwangsvollstreckungsmaßnahmen werden ausgesetzt, sobald ein Senior einen Antrag auf Verzicht der Rückforderung stellt. Sie werden wieder aufgenommen ab dem Datum, an dem ein Beschluss über diesen Antrag gefasst wurde.

KAPITEL 4 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 30 – Aufhebungsbestimmung

Der Königliche Erlass vom 5. März 1990 über die Beihilfe zur Unterstützung von Betagten, letztmalig abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Oktober 2015, wird aufgehoben.

Art. 31 – Abänderungsbestimmung

Artikel 47 des Erlasses der Regierung vom 14. Mai 2009 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Pflegegeld“ durch das Wort „Pflegschaftsgeld“ ersetzt.

2. In §1 wird das Wort „Pflegegeld“ durch das Wort „Pflegschaftsgeld“ ersetzt.

3. In §2 wird das Wort „Pflegegeld“ durch das Wort „Pflegschaftsgeld“ ersetzt.

4. In §3 wird das Wort „Pflegegeld“ durch das Wort „Pflegschaftsgeld“ ersetzt.

5. In §4 Absatz 1 wird das Wort „Pflegegeld“ durch das Wort „Pflegschaftsgeld“ ersetzt.

6. In §5 wird das Wort „Pflegegeld“ durch das Wort „Pflegschaftsgeld“ ersetzt.

Art. 32 – Inkrafttreten

Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Art. 33 – Durchführungsbestimmung

Der für die Seniorenpolitik zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

Antonios
Antoniadis



Digital unterschrieben
von Antonios
Antoniadis
Datum: 2022.10.27
09:31:36 +02'00'

A. ANTONIADIS

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

Voorontwerp van een besluit van de Regering tot uitvoering van het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Gelet op het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming, artikel 25, § 1, eerste lid;

Gelet op het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, artikel 7, tweede lid, gewijzigd bij het decreet van 11 december 2018;

Gelet op het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen, artikel 10, derde lid, artikel 11, tweede lid, artikel 12, artikel 14, vierde lid, artikel 15, derde lid, artikel 17, derde lid, artikel 18, derde lid, artikel 20, derde lid, 1° en 3°, artikel 25, tweede lid, artikel 26, § 1, tweede lid, artikel 33, derde lid, artikel 35, § 1, § 2, tweede lid, § 3, tweede lid en artikel 42, tweede lid;

Gelet op het advies van de Adviescommissie voor de ondersteuning van ouderen, gegeven op 11 augustus 2022;

Gelet op het advies van de raad van bestuur van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, gegeven op 26 augustus 2022;

Gelet op advies 198/2022 van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op 9 september 2022;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op [datum];

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. [datum];

Gelet op advies ... van de Raad van State, gegeven op ..., met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister bevoegd voor het Ouderenbeleid;

Na beraadslaging,

Besluit:

HOOFDSTUK 1 – ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 – Definities

Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:

1° decreet: het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen;

2° administratie: het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

3° Dienst voor zelfbeschikkend leven: de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

4° zorgbudget: het basiszorgbudget en de sociale bijslag vermeld in hoofdstuk 2 van het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen;

5° werkdagen: alle dagen met uitzondering van de zaterdagen, zondagen en wettelijke feestdagen.

HOOFDSTUK 2 – ZORGBUDGET VOOR OUDEREN

Afdeling 1 – Basiszorgbudget

Art. 2 – Onverenigbaarheden met het basiszorgbudget

§ 1 – Als de oudere op het ogenblik van de indiening van de aanvraag een inkomensvervangende tegemoetkoming of een integratietegemoetkoming in de zin van de wet van 27 februari 1987 betreffende de tegemoetkomingen aan personen met een handicap ontvangt overeenkomstig artikel 10, eerste lid, van het decreet, onderzoekt de administratie of het zorgbudget voordeliger is voor de oudere dan de tegemoetkoming.

Als het zorgbudget voordeliger is en als aan de overige voorwaarden vermeld in de artikelen 4, 7 en naargelang van het geval 9 van het decreet is voldaan, kan een positieve beslissing over de toekenning van het zorgbudget worden genomen overeenkomstig de artikelen 11 en 13. Als het zorgbudget niet voordeliger is, wordt geen zorgbudget toegekend.

§ 2 – Op het formulier dat of de online-applicatie die de administratie overeenkomstig artikel 7 ter beschikking stelt, vermeldt de aanvrager of de oudere een in artikel 10 van het decreet vermelde tegemoetkoming of een in artikel 14 van het decreet vermelde uitkering ontvangt of heeft ontvangen en vermeldt hij het bedrag van die tegemoetkoming of uitkering.

Afdeling 2 – Gemeenschappelijke bepalingen

Art. 3 – Indexering

Vanaf het jaar 2024 worden de bedragen vermeld in de artikelen 6 en 8 van het decreet, op basis van de ontwikkeling van de indexering van de wedden van de openbare dienst van de Duitstalige Gemeenschap, jaarlijks in januari aangepast aan de spilindex 138,01 van de maand september van het vorige jaar.

Art. 4 – Nadere regels in geval van samenloop van uitkeringen van dezelfde aard

In afwijking van artikel 16 treedt de beslissing over de aanvraag van een oudere die vanuit een andere deelentiteit naar het Duitse taalgebied is verhuisd en die op het tijdstip van de verhuizing een met het zorgbudget vergelijkbare uitkering van een andere deelentiteit ontving, in werking op de eerste dag van de maand die volgt op de verhuizing, mits de aanvraag binnen drie maanden na de verhuizing is ingediend.

Onder verhuizing in de zin van het tweede lid wordt verstaan: de inschrijving van de oudere in het bevolkingsregister of in het vreemdelingenregister op basis van de gegevens van het rijksregister, zoals bedoeld in artikel 1, § 1, eerste lid, 1°, van de wet van 19 juli 1991 betreffende de bevolkingsregisters, de identiteitskaarten, de vreemdelingenkaarten en de verblijfsdocumenten.

HOOFDSTUK 3 – TOEKENNINGSPROCEDURE EN TERUGVORDERINGSPROCEDURE

Afdeling 1 – Aanvragen

Art. 5 – Minimumleeftijd voor het indienen van een aanvraag

De aanvrager kan de aanvraag voor een zorgbudget ten vroegste indienen op de dag dat de oudere de wettelijke pensioenleeftijd bereikt.

Art. 6 – Indienen van een aanvraag

Met toepassing van artikel 17 van het decreet dient de aanvrager de aanvraag voor een zorgbudget in bij de administratie.

De aanvraag kan schriftelijk of digitaal worden ingediend. Een digitale aanvraag kan ook worden ingediend in de vorm van een onlineformulier dat de aanvrager zelf of met hulp van de Dienst voor zelfbeschikkend leven, de administratie of een andere instelling invult.

Als een oudere uit een andere deelentiteit naar het Duitse taalgebied verhuist en op het tijdstip van zijn verhuizing een uitkering krijgt die vergelijkbaar is met het zorgbudget, dan moet hij overeenkomstig dit besluit een nieuwe aanvraag indienen.

Art. 7 – Vorm van de aanvraag

De aanvrager dient de aanvraag in via een door de administratie ter beschikking gesteld formulier dat hij invult en daarna per post of via de daartoe gecreëerde online-applicatie aan de administratie verzendt.

Art. 8 – Inhoud van de aanvraag

§ 1 – De administratie kan, naast de gegevens waartoe ze met inachtneming van de toepasselijke voorschriften inzake bescherming van de persoonsgegevens toegang heeft, via het aanvraagformulier in het bijzonder vragen om de in dit artikel vermelde inlichtingen.

§ 2 – Met het aanvraagformulier voor het zorgbudget voor ouderen kunnen de volgende inlichtingen over de oudere worden gevraagd:

- 1° naam, voornaam, rijksregisternummer, verzekeringsstatus, geboortedatum, geslacht, woonplaats, telefoonnummer en e-mailadres;
- 2° vermelding of in de laatste zes maanden een BelRAI-screener is uitgevoerd;
- 3° communicatietaal;
- 4° vermelding of recht op een verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging bestaat;
- 5° vermelding of overeenkomstig de artikelen 10 en 14 van het decreet recht op andere tegemoetkomingen van Belgische deelentiteiten bestaat, het bedrag ervan en de bevoegde autoriteit;
- 6° vermelding of recht bestaat op buitenlandse verstrekkingen op het gebied van "uitkeringen voor langdurige zorg" overeenkomstig de artikelen 3 en 34 van Verordening (EG) nr. 883/2004 van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2004 betreffende de coördinatie van de socialezekerheidsstelsels, de hoogte van de bedragen en de bevoegde autoriteit in de betrokken lidstaat;
- 7° rekeningnummer en bankgegevens.

Op het aanvraagformulier voor het zorgbudget vermeld in het eerste lid kunnen ook de volgende gegevens over de wettelijke vertegenwoordiger en de gevolmachtigde van de oudere worden opgevraagd:

- 1° naam, voornaam, woonplaats of bedrijfszetel, telefoonnummer en e-mailadres;
- 2° band met de oudere.

§ 3 – Naast de gegevens vermeld in paragraaf 2 worden de datum van de aanvraag en de naam van de bevoegde medewerker van de Dienst voor zelfbeschikkend leven opgevraagd. Het aanvraagformulier bevat ook een veld waarmee de aanvrager aan de administratie toestemming geeft om de identiteit van de rekeninghouder te verifiëren.

Afdeling 2 – Behandeling van de aanvragen

Art. 9 – Rijksregister van de natuurlijke personen

De administratie maakt gebruik van het Rijksregister van de natuurlijke personen om de gegevens bedoeld in artikel 3, eerste en tweede lid, van de wet van 8 augustus 1983 tot regeling van een Rijksregister van de natuurlijke personen te verkrijgen of om de juistheid van die gegevens te verifiëren.

Het gebruik van een andere bron is alleen toegestaan als de noodzakelijke gegevens niet beschikbaar zijn in het Rijksregister van de natuurlijke personen.

Art. 10 – Inlichtingen die bij de behandeling van de aanvragen moeten worden gebruikt

§ 1 – De administratie onderzoekt de aanvraag op basis van de door de aanvrager verstrekte informatie en op basis van de informatie die zij rechtstreeks verkrijgt van de instelling of de persoon die over de informatie beschikt.

Met behoud van de mogelijkheid van controle door de administratie wordt ervan uitgegaan dat de door de aanvrager verstrekte inlichtingen, documenten en bewijzen waarheidsgetrouw zijn.

§ 2 – Met het oog op de administratieve verificatie verwerkt de administratie onder meer de wettelijke identificatiegegevens die in het Rijksregister van de natuurlijke personen vermeld staan.

Art. 11 – Procedure voor de behandeling van de aanvragen

§ 1 – De administratie verstrekt de oudere een ontvangstbevestiging waarin de datum van ontvangst van de aanvraag wordt vermeld.

Als datum van ontvangst geldt de datum van de ontvangststempel van de administratie of de datum waarop de administratie de aanvraag heeft ontvangen via de online-applicatie die voor het indienen van de aanvraag ter beschikking wordt gesteld.

§ 2 – De administratie beslist binnen een termijn van twintig werkdagen, te rekenen vanaf de datum van ontvangst vermeld in paragraaf 1, of:

- 1° de aanvraag volledig is;
- 2° de oudere onder het toepassingsgebied van het decreet valt overeenkomstig artikel 4, § 1, eerste lid, 1°, § 2, 1°, § 3, 1° of § 4, eerste lid, van het decreet.

§ 3 – Als de aanvraag volledig is, stelt de administratie de aanvrager daarvan in kennis.

Als de aanvraag niet volledig is, deelt de administratie de oudere schriftelijk mee welke aanvullende inlichtingen of documenten hij moet verstrekken binnen een termijn van één maand na kennisgeving van het schrijven waarin om deze documenten wordt verzocht. Als de oudere de aanvullende

inlichtingen of documenten niet binnen die termijn indient, is artikel 18, tweede lid, van het decreet van toepassing.

§ 4 – Als de aanvraag volledig is, aan de voorwaarden vermeld in artikel 4 van het decreet is voldaan en in de laatste zes maanden nog geen BelRAI-screener is uitgevoerd, is artikel 12 van toepassing.

Als de aanvraag volledig is, aan de voorwaarden van artikel 4 van het decreet is voldaan en in de laatste zes maanden een BelRAI-screener is uitgevoerd, is artikel 13 van toepassing

§ 5 – Als niet aan de voorwaarde vermeld in § 2, eerste lid, 2°, is voldaan, verklaart de administratie de aanvraag niet-ontvankelijk.

De administratie zendt de verklaring van niet-ontvankelijkheid aangetekend toe aan de aanvrager. Daarin wordt het volgende vermeld:

- 1° de mogelijkheid om beroep in te stellen;
- 2° de bevoegde instanties die kennis nemen van het beroep;
- 3° de in acht te nemen termijnen en vormvoorschriften.

Art. 12 – Vaststelling van de ondersteuningsbehoefte door de Dienst voor zelfbeschikkend leven

§ 1 – Als de oudere de laatste zes maanden geen BelRAI-screener heeft gehad of als de oudere verzoekt om een herziening van zijn ondersteuningsbehoefte overeenkomstig artikel 14, stuurt de administratie het verzoek door naar de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

§ 2 – Na ontvangst van de aanvraag stuurt de Dienst voor zelfbeschikkend leven een uitnodiging naar de oudere om de ondersteuningsbehoefte te bepalen op basis van de BelRAI-screener.

Overeenkomstig artikel 7, § 2, derde lid, van de wet van 22 augustus 2002 betreffende de rechten van de patiënt heeft de oudere het recht zich te laten bijstaan door een vertrouwenspersoon bij het vaststellen van de ondersteuningsbehoefte.

§ 3 – Binnen een termijn van dertig werkdagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de aanvraag, stelt de Dienst voor zelfbeschikkend leven de ondersteuningsbehoefte van de oudere vast en zendt hij de aanvraag door aan de administratie voor verdere behandeling.

Art. 13 – Beslissing over de aanvraag

Binnen een termijn van veertig werkdagen indien in de loop van de laatste zes maanden een BelRAI-screener werd uitgevoerd of binnen een termijn van tien werkdagen na ontvangst van de vaststelling van de ondersteuningsbehoefte door de Dienst voor zelfbeschikkend leven beslist de Minister over de toekenning of de weigering van het zorgbudget op basis van het onderzoek naar de ondersteuningsbehoefte van de oudere en op basis van de voorwaarden bepaald in de artikelen 4, 7 en 9 van het decreet.

De administratie zendt de beslissing van de Minister toe aan de aanvrager. Een weigering wordt aangetekend verzonden en vermeldt:

- 1° de mogelijkheid om beroep in te stellen;
- 2° de bevoegde instanties die kennis nemen van het beroep;
- 3° de in acht te nemen termijnen en vormvoorschriften.

Art. 14 – Herziening van het recht op zorgbudget op verzoek van de aanvrager

§ 1 – De aanvrager kan een herziening van het recht op zorgbudget aanvragen als hij van oordeel is

dat zich wijzigingen hebben voorgedaan die de toekenning of verhoging van het zorgbudget rechtvaardigen.

Een aanvraag tot herziening wordt ingediend overeenkomstig artikel 6.

De aanvraag tot herziening wordt onderzocht overeenkomstig de artikelen 9 tot 13.

Alleen als de aanvraag tot herziening betrekking heeft op de vaststelling van de ondersteuningsbehoefte voert de Dienst voor zelfbeschikkend leven een nieuwe vaststelling van de ondersteuningsbehoefte overeenkomstig artikel 12 uit.

§ 2 – Als de vaststelling van de nieuwe ondersteuningsbehoefte tot gevolg heeft dat het zorgbudget wordt verhoogd, treedt de beslissing overeenkomstig artikel 13, tweede lid, 1°, van het decreet in werking op de dag van de maand waarin zijn ondersteuningsbehoefte is gewijzigd. Tot bewijs van het tegendeel geldt dat de ondersteuningsbehoefte is gewijzigd op de dag van de aanvraag tot herziening.

§ 3 – Als de vaststelling van de nieuwe ondersteuningsbehoefte tot gevolg heeft dat het zorgbudget wordt verminderd, treedt de beslissing overeenkomstig artikel 13, tweede lid, 1°, van het decreet in werking op de eerste dag van de maand die volgt op de maand waarin de oudere zich in een van de in paragraaf 1 vermelde situaties bevindt.

Art. 15 – Herziening van het recht op zorgbudget van ambtswege

§ 1 – Overeenkomstig artikel 11, eerste lid, van het decreet kan het recht op zorgbudget in de volgende gevallen ambtshalve worden herzien:

1° als de oudere niet langer voldoet aan één of meer van de voorwaarden vermeld in artikel 4 van het decreet;

2° als de ondersteuningsbehoefte van de oudere verandert;

3° als de beslissing over de eerste toekenning van het zorgbudget een juridische of materiële fout bevat;

4° als elementen erop wijzen dat de ondersteuningsbehoefte van de oudere is gewijzigd en de oudere de administratie daarvan niet in kennis heeft gesteld overeenkomstig artikel 23.

§ 2 – Als een situatie als bedoeld in § 1, 2° en 3°, tot gevolg heeft dat het zorgbudget wordt verhoogd, treedt de beslissing overeenkomstig artikel 13, tweede lid, 1°, van het decreet in werking op de dag van de maand waarin de ondersteuningsbehoefte is gewijzigd.

Als een situatie als bedoeld in § 1, 2°, tot gevolg heeft dat het zorgbudget wordt verminderd, treedt de beslissing overeenkomstig artikel 13, tweede lid, 1°, van het decreet in werking op de eerste dag van de maand die volgt op de maand waarin de oudere zich in een van de in paragraaf 1 vermelde situaties bevindt.

Indien de situatie vermeld in § 1, 3°, zich voordoet, heeft de nieuwe beslissing uitwerking vanaf de dag dat de onwettige beslissing werkzaam had moeten worden, met behoud van de toepasselijke verjaringsbepalingen.

De beslissing tot herziening van ambtswege kan niet in werking treden vóór de datum van inwerkingtreding van de beslissing waarbij het zorgbudget voor het eerst wordt toegekend.

Afdeling 3 – Beslissingen

Art. 16 – Werkzaamheid van de beslissingen

Beslissingen over een zorgbudgetaanvraag treden in werking op de dag dat de aanspraak op het zorgbudget overeenkomstig artikel 13 van het artikel ontstaat.

Art. 17 – Termijnen voor de kennisgeving

Met toepassing van artikel 20, derde lid, 1°, van het decreet en met behoud van de toepassing van artikel 16 stelt de administratie de betrokkenen binnen twee weken nadat de beslissing is genomen en uiterlijk op het tijdstip van de uitvoering in kennis van elke beslissing die hen betreft.

Art. 18 – Aangetekende kennisgeving

Elke kennisgeving van een beslissing om een ten onrechte uitbetaald zorgbudget terug te vorderen, geschiedt met toepassing van artikel 20, derde lid, 3°, van het decreet bij aangetekend schrijven.

Als de oudere het aangetekend schrijven vermeld in het eerste lid niet afhaalt, brengt de administratie de beslissing per gewone brief ter kennis van de oudere. Die brief bevat de datum van het aangetekend schrijven vermeld in het eerste lid. De datum van het aangetekend schrijven geldt als referentiedatum voor alle rechtsgevolgen en termijnen die uit de terugvordering voortvloeien.

In afwijking van het eerste lid geschiedt een kennisgeving niet bij aangetekend schrijven, als het ten onrechte uitbetaalde bedrag 50 euro of minder bedraagt.

Afdeling 4 – Beroepen

Art. 19 – Beroepsprocedure

De oudere kan bij de administratie beroep instellen door het in artikel 20 vermelde formulier in te vullen. Hij vult dit formulier zelf in of neemt contact op met de Dienst voor zelfbeschikkend leven, de administratie of een andere instelling om het formulier samen met een personeelslid in te vullen.

Om de niet-ontvankelijkheid van het beroep te voorkomen, vraagt de oudere het formulier aan bij de administratie binnen dertig kalenderdagen, te rekenen vanaf de kennisgeving van de in artikel 17 vermelde kennisgeving van de beslissing.

Art. 20 – Formulier om beroep in te stellen

§ 1 – De administratie stelt een bezwaarformulier ter beschikking op verzoek van alle ouderen die overeenkomstig artikel 17 in kennis zijn gesteld van een beslissing tot toekenning of weigering van het zorgbudget, een beslissing tot herziening of een beslissing tot herziening van ambtswege.

Het formulier vermeld in het eerste lid bevat de volgende gegevens:

- 1° rijksregisternummer, naam, voornaam, woonplaats en telefoonnummer van de oudere of van de aanvrager;
- 2° dossiernummer van de aanvraag van de oudere;
- 3° aard en inhoud van de inlichtingen en documenten die de oudere meegedeeld of ingediend heeft bij de Dienst voor zelfbeschikkend leven of bij de administratie;
- 4° reden van het beroep;
- 5° bevestiging dat de oudere op de hoogte is gebracht van het verdere verloop van zijn beroep bij de administratie en uitleg daarover heeft gekregen;
- 6° bij de administratie aangestelde contactpersoon die het beroepschrift ontvangt;
- 7° plaats en datum;

8° handtekening van de oudere of aanvrager.

§ 2 – Om niet-ontvankelijkheid van het beroep te voorkomen, dient de oudere het bezwaarformulier en alle stukken die relevant zijn voor het beroep in binnen een maand nadat de administratie het formulier heeft toegezonden.

Art. 21 – Behandeling van het beroep en beslissing over het beroep

§ 1 – Voor zover het beroepschrift betrekking heeft op de vaststelling van de ondersteuningsbehoefte zendt de administratie het toe aan de Dienst voor zelfbeschikkend leven. De Dienst voor zelfbeschikkend leven onderzoekt het en voert zo nodig een nieuwe vaststelling van de ondersteuningsbehoefte uit overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 12. Het onderzoek van het beroep en de eventuele nieuwe vaststelling van de ondersteuningsbehoefte worden door andere medewerkers gedaan dan degenen die de oorspronkelijke vaststelling hebben uitgevoerd.

Binnen een termijn van dertig werkdagen nadat de Dienst voor zelfbeschikkend leven het beroepschrift van de administratie heeft ontvangen, bezorgt de Dienst voor zelfbeschikkend leven de resultaten van zijn onderzoek van het beroep aan de administratie.

§ 2 – De Minister beslist over het beroep binnen 45 werkdagen na ontvangst van het bezwaarformulier. De administratie zendt de beslissing aangetekend toe aan de aanvrager.

Indien de Minister de aanvraag opnieuw afwijst, bevat de beslissing:

- 1° de mogelijkheid om beroep in te stellen;
- 2° de bevoegde instanties die kennis nemen van het beroep;
- 3° de in acht te nemen termijnen en vormvoorschriften.

Afdeling 5 – Inlichtingen die door de administratie of de aanvrager moeten worden verstrekt

Art. 22 – Inlichtingen die door de administratie moeten worden verstrekt

Met behoud van de toepassing van artikel 20 van het decreet verstrekt de administratie de aanvrager, op diens verzoek, alle nuttige inlichtingen omtrent zijn rechten en plichten en bezorgt ze hem, op eigen initiatief, alle aanvullende inlichtingen die voor de behandeling van zijn aanvraag of voor de vrijwaring van zijn rechten noodzakelijk zijn. Bovendien adviseert ze hem over de uitoefening van zijn rechten of de nakoming van zijn plichten.

De administratie verstrekt de aanvrager de volgende nuttige inlichtingen:

- 1° de voorwaarden voor de toekenning van het aangevraagde zorgbudget;
- 2° de voorwaarden voor het behoud van de toekenning van het zorgbudget;
- 3° de elementen die in aanmerking zijn genomen voor de berekening van het bedrag van het zorgbudget;
- 4° de inlichtingen met betrekking tot de verwerking van persoonsgegevens vermeld in de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG en vermeld in de wet van 30 juli 2018 betreffende de bescherming van natuurlijke personen met betrekking tot de verwerking van persoonsgegevens. De administratie verstrekt die inlichtingen op het tijdstip van de aanvraag op eigen initiatief aan de aanvrager.

Telkens als een zorgbudget wordt aangevraagd, deelt de administratie de aanvrager van ambtswege mee welke inlichtingen hij overeenkomstig artikel 23 aan de administratie moet verstrekken opdat de administratie de aanvraag voor een zorgbudget correct kan behandelen.

De inlichting vermeld in het eerste lid:

- 1° vermeldt duidelijk het referentienummer van het behandelde dossier;
- 2° is precies en volledig;
- 3° is gratis;
- 4° wordt binnen een termijn van 45 dagen verstrekt.

Art. 23 – Inlichtingen die door de aanvrager moeten worden verstrekt

De aanvrager deelt de administratie elk element mee dat een wijziging van de toekenning of de betaling van een zorgbudget tot gevolg zou kunnen hebben, met uitzondering van de inwerkingtreding van een wettelijke, decretale of reglementaire bepaling die de oudere zou kunnen betreffen. Artikel 23, derde lid, van het decreet is van toepassing als die inlichting niet wordt meegedeeld binnen drie maanden na de datum van de gebeurtenis of binnen drie maanden na de datum waarop de aanvrager kennis heeft gekregen van de gebeurtenis.

Afdeling 6 – Uitbetaling

Art. 24 – Tijdstip van de uitbetaling

Met behoud van de toepassing van artikel 19 van het decreet wordt het zorgbudget uiterlijk op de 20e dag van de maand waarop het betrekking heeft, uitbetaald.

Art. 25 – Te late uitbetaling

Met behoud van de toepassing van artikel 24 geldt een uitbetaling als 'te laat' in de zin van artikel 27 van het decreet, als ze niet geschiedt in de loop van de maand waarop ze betrekking heeft.

De achterstallige bedragen worden samen met de eerstvolgende uitbetaling van het zorgbudget betaald.

Afdeling 7 – Terugvordering

Art. 26 – Buitengerechtelijke terugvordering

§ 1 – Met behoud van de toepassing van artikel 24 van het decreet en met behoud van de toepassing van artikel 25 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap besluit de administratie tot terugvordering van het bedrag in kwestie, als ze vaststelt dat ten onrechte zorgbudget uitbetaald werd.

§ 2 – Het ten onrechte uitbetaalde bedrag dat overeenkomstig artikel 18 ter kennis is gebracht van de oudere, wordt ingehouden op latere uitkeringen die aan de ouder verschuldigd zijn.

§ 3 – Als geen uitkeringen meer verschuldigd zijn aan de betrokken oudere en het bedrag niet teruggevorderd kan worden via een inhouding in de zin van paragraaf 2, maant de administratie de oudere aan om het ten onrechte uitbetaalde bedrag volledig terug te betalen binnen een termijn van dertig kalenderdagen die ingaat vanaf de kennisgeving. Die beslissing kan ter kennis gebracht worden samen met het besluit vermeld in paragraaf 1.

In het geval vermeld in het eerste lid en binnen een termijn van dertig kalenderdagen die ingaat vanaf de kennisgeving vermeld in het eerste lid, kan de oudere de administratie schriftelijk om een terugbetaling in schijven verzoeken. Het verzoek van de oudere stuit de in het eerste lid vermelde termijn waarbinnen het volledige bedrag moet worden terugbetaald totdat de nieuwe termijn begint te lopen overeenkomstig het vijfde lid.

De administratie aanvaardt het verzoek, als het ten onrechte uitbetaalde bedrag niet gebaseerd is op arglist, bedrog of bedrieglijke handelingen of op een fout van de aanvrager vermeld in artikel 23, derde lid, van het decreet. In dat geval stelt de administratie aan de oudere een plan tot terugbetaling in schijven voor.

Binnen een termijn van dertig kalenderdagen na overzending van het verzoek van de oudere wordt het met toepassing van het derde lid opgemaakte terugbetalingsplan ter aanvaarding ter kennis gebracht van de oudere. Indien het terugbetalingsplan niet ter kennis wordt gebracht binnen die termijn, wordt het verzoek tot terugbetaling in schijven als afgewezen beschouwd. Het verzoek wordt ook als afgewezen beschouwd, als de oudere het voorstel van de administratie niet aanvaardt binnen een termijn van vijftien kalenderdagen die ingaat vanaf de kennisgeving van het voorstel.

De termijn voor de volledige terugbetaling begint opnieuw te lopen als:

- 1° de administratie het verzoek vermeld in het tweede lid niet inwilligt;
- 2° het terugbetalingsplan als afgewezen wordt beschouwd of;
- 3° de oudere zich niet houdt aan de voorwaarden gesteld in het plan tot terugbetaling in schijven vermeld in het vierde lid.

§ 4 – Na terugbetaling van de schuld bezorgt de administratie aan de oudere een bevestiging dat de ten onrechte uitbetaalde bedragen volledig terugbetaald werden.

Art. 27 – Gerechtelijke terugvordering

Met behoud van de toepassing van artikel 25 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap stelt de administratie - na de aanmaning tot betaling van de ten onrechte uitbetaalde bedragen met toepassing van artikel 26, § 3, eerste lid, of bij niet-naleving van de voorwaarden vervat in het plan tot terugbetaling in schijven vermeld in artikel 26, § 3, vierde lid - een procedure tot terugvordering van de ten onrechte uitbetaalde bedragen in op grond van artikel 580, 8°, g), van het Gerechtelijk Wetboek, als ze vaststelt dat ze de bedragen niet via buitengerechtelijke weg kan terugvorderen.

Art. 28 – Niet-invordering van te onzekere of te dure terugvorderingen

§ 1 – De Regering kan afzien van de in artikel 27 vermelde gerechtelijke terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen en kan die bedragen niet-invorderbaar verklaren, als ze het totale bedrag van 800 euro niet overschrijden.

Als ten onrechte uitbetaalde bedragen niet teruggevorderd kunnen worden door inhouding op nog uitstaande uitkeringen en als de daaruit resulterende schuld niet hoger is dan 30 euro, kan de Regering afzien van de buitengerechtelijke terugvordering vermeld in artikel 26 en de bedragen niet-invorderbaar verklaren.

§ 2 – De Regering kan afzien van de gedwongen tenuitvoerlegging van de terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen en die bedragen niet-invorderbaar verklaren, als die bedragen het totale bedrag van 800 euro niet overschrijden.

Indien het verschuldigde totaalbedrag de som van 800 euro niet overschrijdt, kan de Regering eveneens ervan afzien om de curator over het faillissement van hun schuldenaar in toelating te dagvaarden.

§ 3 – De Regering kan afzien van terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen via gerechtelijke vervolging of gedwongen tenuitvoerlegging en die bedragen niet-invorderbaar verklaren, indien de schuldenaar zijn woonplaats in het buitenland heeft en in België geen voor beslag vatbare goederen bezit.

§ 4 – De Regering kan afzien van de gedwongen tenuitvoerlegging en de bedragen niet-invorderbaar verklaren, indien de waarde van de goederen waarop beslag is gelegd, onvoldoende blijkt om de kosten te dekken die verbonden zijn aan het voortzetten van de procedure.

Art. 29 – Niet-invordering om sociale redenen

§ 1 – In het geval vermeld in artikel 35, § 3, van het decreet kan de Regering, afhankelijk van het beschikbare gezinsinkomen, afzien van de terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen en die bedragen niet-invorderbaar verklaren. Als beschikbaar gezinsinkomen wordt beschouwd: elk bedrag, van welke aard ook, waarover de oudere, zijn echtgenoot en de persoon met wie hij een verklaring van wettelijke samenwoning heeft afgelegd, beschikt. Daaronder valt niet het zorgbudget dat de voormelde personen ontvangen.

Als de Regering met toepassing van het eerste lid afziet van de terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen en die bedragen niet-invorderbaar verklaart, geschiedt dat:

1° ten belope van 100% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen van de aanvrager niet hoger is dan het bedrag bepaald in artikel 1409, § 1, derde lid, van het Gerechtelijk Wetboek;

2° ten belope van 90% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 103% van het bedrag vermeld in 1°;

3° ten belope van 80% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 106% van het bedrag vermeld in 1°;

4° ten belope van 70% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 109% van het bedrag vermeld in 1°;

5° ten belope van 60% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 112% van het bedrag vermeld in 1°;

6° ten belope van 50% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 115% van het bedrag vermeld in 1°;

7° ten belope van 40% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 118% van het bedrag vermeld in 1°;

8° ten belope van 30% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 121% van het bedrag vermeld in 1°;

9° ten belope van 20% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 124% van het bedrag vermeld in 1°;

10° ten belope van 10% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan het bedrag bepaald in artikel 1409, § 1, eerste lid, van het Gerechtelijk Wetboek.

Als het beschikbare inkomen hoger is dan het bedrag bepaald in het tweede lid, 10°, kan de Regering niet meer afzien van de terugvordering op grond van het eerste lid.

Indien de met toepassing van het tweede lid berekende bedragen op een centgedeelte van een euro eindigen, wordt tot de hogere of lagere volle euro afgerond naargelang het centgedeelte al dan niet 0,5 bereikt.

Voor de toepassing van het tweede en het derde lid wordt het beschikbare gezinsinkomen - per oudere die zorgbudget ontvangt - verminderd met het bedrag bepaald in artikel 1409, § 1, vierde lid, van het Gerechtelijk Wetboek.

Om het beschikbare gezinsinkomen te bepalen, wordt rekening gehouden met de situatie van het gezin op het tijdstip van de aanvraag om af te zien van de terugvordering.

§ 2 – Voor de toepassing van dit artikel bezorgt de aanvrager de Regering elk ter zake dienend document dat nodig is om het beschikbare gezinsinkomen te berekenen.

§ 3 – De Regering beslist over de niet-invordering binnen de termijn bepaald in artikel 19 van het decreet.

§ 4 – Maatregelen van gedwongen tenuitvoerlegging worden geschorst, zodra een oudere een aanvraag doet om af te zien van de terugvordering. Ze worden weer opgenomen vanaf de datum waarop een beslissing over die aanvraag werd genomen.

HOOFDSTUK 4 – SLOTBEPALINGEN

Art. 30 – Opheffingsbepaling

Het koninklijk besluit van 5 maart 1990 betreffende de tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 oktober 2015, wordt opgeheven.

Art. 31 – Wijzigingsbepaling

In artikel 47 van het besluit van de Regering van 14 mei 2009 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 juni 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° [geldt alleen voor de Duitse versie];
- 2° [geldt alleen voor de Duitse versie];
- 3° [geldt alleen voor de Duitse versie];
- 4° [geldt alleen voor de Duitse versie];
- 5° [geldt alleen voor de Duitse versie];
- 6° [geldt alleen voor de Duitse versie].

Art. 32 – Inwerkingtreding

Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2023.

Art. 33 – Uitvoeringsbepaling

De Minister bevoegd voor het Ouderenbeleid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS